
Everhard Holtmann

Die Bundestagswahl 1998 – Wahlergebnis und Wählerverhalten



Prof. Dr. Everhard Holtmann, geb. 1946 in Kamen, Studium von Geschichte, Sozialwissenschaften und Publizistik in Bochum und Wien, lehrt Systemanalyse und Vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Erstmals Machtwechsel durch Wahlen

Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik ist am 27. September 1998 eine Bundesregierung durch einen bei Bundestagswahlen erwirkten Machtwechsel abgelöst worden. Erstmals seit den 1953er-Wahlen sackten die Unionsparteien bundesweit unter die 40-Prozent-Marke. Umgekehrt verzeichnete die SPD ihren stärksten Stimmenzuwachs seit 1949, wenngleich sie an ihre in den siebziger Jahren erzielten, besten Einzelergebnisse nicht ganz herankam (Schaubild 1).

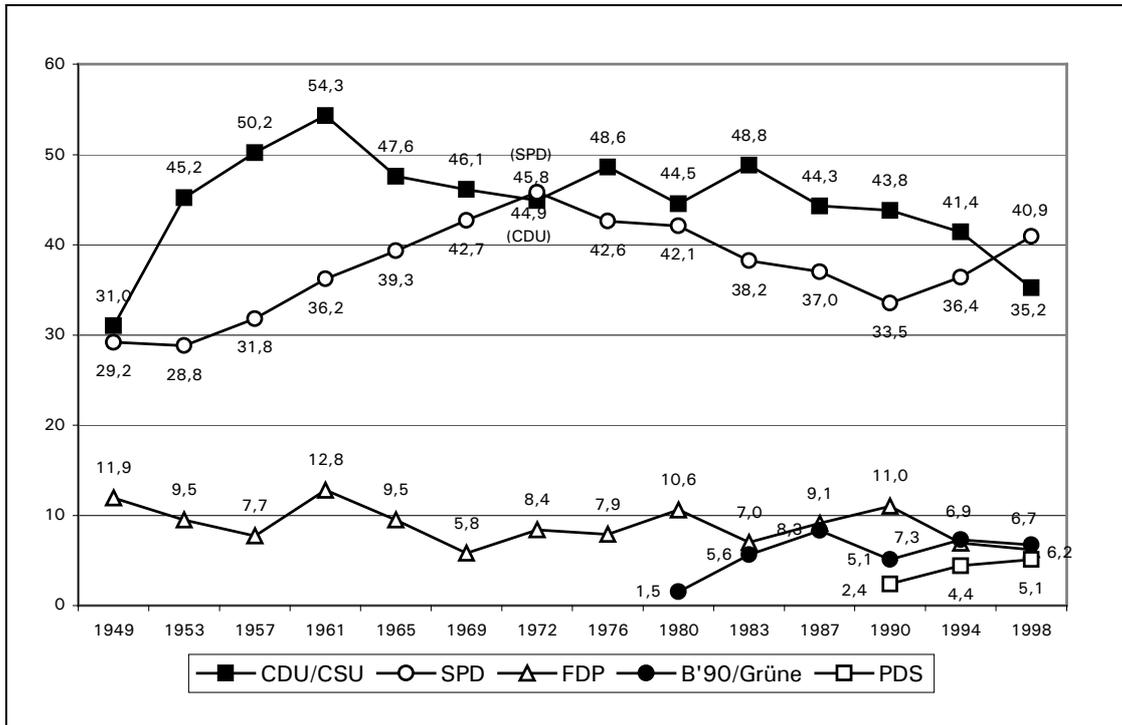
Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber 1994 deutlich, um mehr als drei Prozentpunkte an (Schaubild 2).

Die darin zum Ausdruck kommende höhere Mobilisierung der Wahlbevölkerung widerspiegelt die den Wahlkampf kennzeichnende, ausgeprägte Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien und ihren Spitzenkandidaten. Bestätigt wird dies auch dadurch, dass mehr als je zuvor von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch gemacht worden ist: Der Ausscheidungskampf zwischen SPD und Unionsparteien um die Kanzlerschaft hat sich bei vielen Anhängern ersichtlich in ein taktisches Wahlverhalten umgesetzt, das in politischen Lagerkategorien denkt und den jeweiligen „kleinen Lagerpartnern“¹ Bündnis 90/Die Grünen und FDP Zweitstimmen zuführt, die nicht einer erstrangigen Parteipräferenz dieser Wählerinnen und Wähler, sondern deren Koalitionspräferenz entspringen.

Auch bei der 98er-Wahl ist das Gros der Zweitstimmen mit diesmal rd. 76 Prozent auf CDU/CSU und SPD entfallen. Doch anders als bei den meisten vorangegangenen Bundestagswahlen haben sich die Höhe der Wahlbeteiligung und das Ausmaß der Stimmenkonzentration auf die beiden großen Volksparteien nicht mehr im Gleichklang bewegt (Schaubild 2).

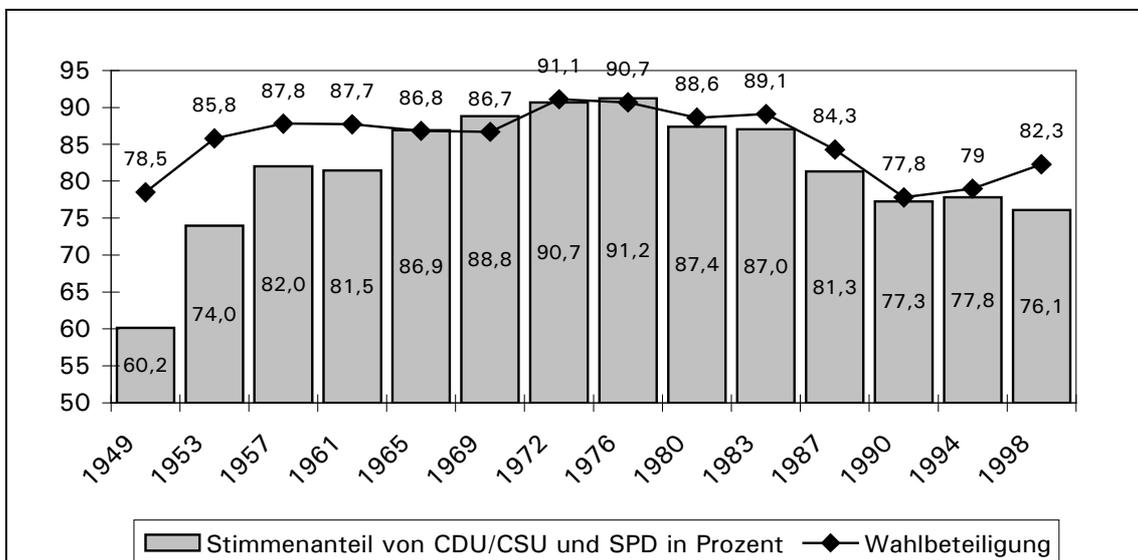
¹ So die Bezeichnung bei Ursula Feist/ Hans-Jürgen Hoffmann, Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) Heft 2/1999, S. 235.

Schaubild 1: Bundestagswahlen von 1949 bis 1998 (Stimmenanteile ausgewählter Parteien in Prozent)



Angaben nach: Amtliche Daten

Schaubild 2: Wählerkonzentration auf die zwei großen Volksparteien (auf CDU/CSU und SPD entfallende Stimmenanteile) und Wahlbeteiligung im Zeitverlauf 1949 – 1998 [Prozentwerte]



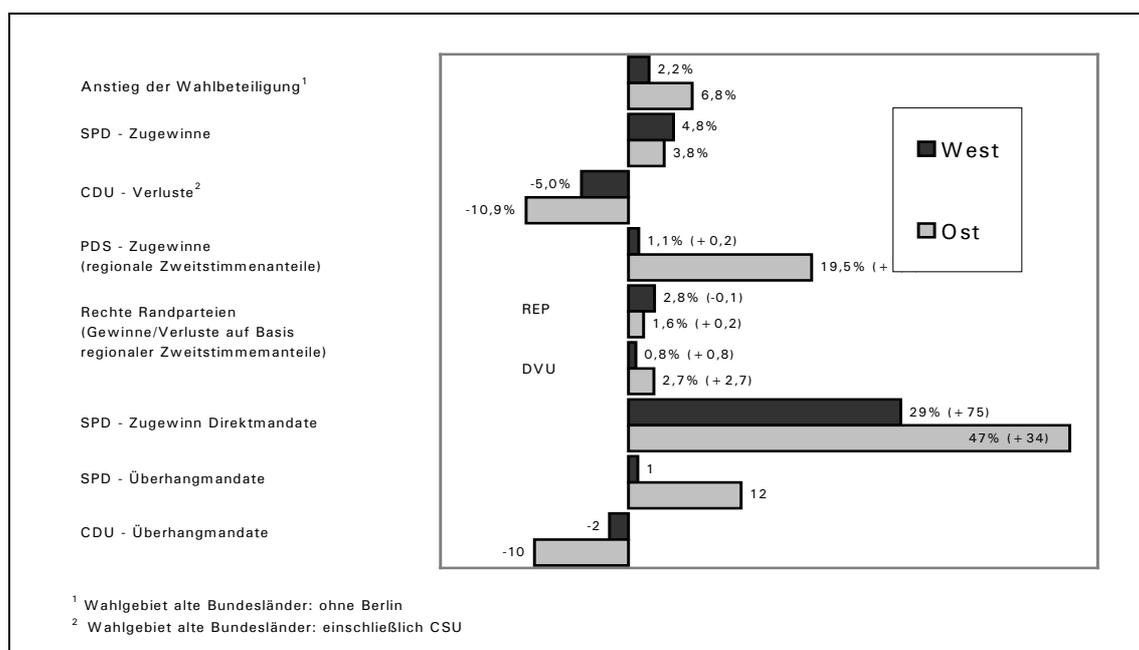
Angaben nach: Amtliche Daten (Wahlbeteiligung); Infratest dimap Wahlreport BTW '98.

Während seit den ersten gesamtdeutschen Wahlen von 1990 die Wahlbeteiligung kontinuierlich stieg, stagnierte im gleichen Zeitraum der von SPD und Unionsparteien gehaltene Stimmenanteil zwischen 76 und 78 Prozent (Schaubild 2). Dieser Schereneffekt zeigt an, dass den beiden angestammten bundespolitischen „Marktführern“ auf dem ostdeutschen Wählermarkt in Gestalt der PDS ein Mitkonkurrent erwachsen ist, der von beiden - und zusätzlich aus dem Nichtwählerreservoir - Stimmen abzieht.

Ostdeutsche Besonderheiten: ein Dreiparteiensystem und eine höhere Beweglichkeit im Wählerverhalten

Die ostdeutsche Wählerlandschaft weist auch nach der dritten gesamtdeutschen Bundestagswahl etliche besondere, d.h. vom Bundestrend bzw. dem Wahlgebiet West abweichende Merkmale auf. Der Anstieg der Wahlbeteiligung lag um mehr als das dreifache höher als in den alten Bundesländern.

Schaubild 3: Ost-West-Differenzen im Wahlergebnis – ausgewählte Indikatoren



Angaben nach: ZParl 2/99; amtliche Angaben.

Die CDU erlitt hier zweistellige Verluste. Zugleich war die generelle Wählerbewegung hin zur SPD weniger ausgeprägt, abgebremst durch den regionalen Wahlerfolg der PDS, die ihre Stellung „als ostdeutsche Regionalpartei und drittstärkste politische Kraft im Osten“² ausbauen konnte. Jeder zweite Ostdeutsche, bilanziert Infratest dimap, „hätte es bedauert, wenn die PDS nicht mehr im Bundestag vertreten gewesen wäre“. Im Osten werde die Partei „als wichtiges demokratisches Gegengewicht zu der erdrückenden Übermacht der (West)Parteien und als Anwältin der Interessen der Ostdeutschen“ wahrgenommen.³ In allen fünf ostdeutschen Flächenländern erreichte die PDS mindestens 20 Prozent der Zweitstimmen. In den Ostberliner Wahlkreisen, wo sie 4 Direktmandate errang, lagen ihre Stimmanteile zwischen 27,5 und 32,7 Prozent. Deutschlandweit überschritt sie erstmals die 5-Prozent-Marke und zog in Fraktionsstärke in das Berliner Parlament ein. Die PDS ist, im Ergebnis dieser Bundestagswahl, ein konsolidierter Bestandteil des Dreiparteiensystems, das sich in den neuen Ländern seit 1990 abgezeichnet hat. Und: Durch ihr deutliches Votum gegen die CDU hatten die Ostdeutschen, so Infratest dimap, „wie schon 1990 maßgeblichen Anteil am Ausgang der Wahl“.⁴

2 Feist/Hoffmann, S.239.

3 Infratest dimap, Wahlreport – Wahl zum 14.Deutschen Bundestag 27.September 1998, Berlin, Bd.1, S. 19.

4 Infratest dimap, S. 7.

Auch weitere Indikatoren veranschaulichen die höhere Beweglichkeit („Volatilität“) im ostdeutschen Wählerverhalten. Zwar nicht der absoluten Zahl nach, wohl aber prozentual eroberte die SPD in Ostdeutschland weit mehr Direktmandate zusätzlich als im Westen (Schaubild 3). Auch die von der SPD gewonnenen Überhangmandate – also jene direkt errungenen Wahlkreismandate, welche die der Partei auf Grund ihres Zweitstimmenanteils an sich zustehende Mandatszahl überschreiten, der Partei aber gleichwohl verbleiben – liegen mit einer Ausnahme (Bremen) in den neuen Bundesländern. Umgekehrt ging die CDU der meisten ihrer 1994 errungenen Überhangmandate im Osten verlustig (Schaubild 3).

Die kleinen Parteien: FDP und Bündnisgrüne als „Westparteien“ gefestigt – stärkerer Abstrom zu rechten Randparteien

Auch für die kleineren Parteien sind Licht und Schatten klar gemäß der Ost-West-Scheide verteilt. Während sich die FDP wie auch die Bündnisgrünen, bei gleichermaßen mäßigen Einbußen, in den alten Bundesländern klar oberhalb der kritischen 5-Prozent-Schwelle behaupten konnten, wurden sie in den Regionen Ostdeutschlands auf den Status von Randparteien hinuntergedrückt. Damit wurde ihre „Verankerung als Westparteien“ nachhaltig befestigt.⁵ Im übrigen ist der – unterhalb der Sperrklausel liegende, und deshalb bisweilen wenig beachtete – Stimmenanteil der Klein- und Splitterparteien am rechten Rand des Parteienspektrums erwähnenswert. Rechtsradikale Parteien (REP, NPD, DVU), aber auch Gruppierungen wie Bund Freier Bürger (BFB) und Pro DM, haben bundesweit insgesamt 5,9 Prozent einsammeln können (in Ostdeutschland noch mehr, nämlich 8,6 Prozent). Dieser Abstrom nach rechts ging überwiegend zulasten der Union.⁶ Überdies konnten die Rechtsradikalen auch aus dem Potenzial vormaliger Nichtwähler schöpfen.

Zwei Hauptströme der Wählerwanderungen: Die SPD gewinnt vor allem von der CDU und von vormaligen Nichtwählern

Wie eine vergleichende Betrachtung der von verschiedenen mit dem Konzept der Wählerwanderung arbeitenden Meinungsforschungsinstitute deutlich macht, weichen die vorgelegten Daten teilweise erheblich voneinander ab, zumal für kleine Parteien und Nichtwähler (Tabelle 1). Dies ist das Resultat unterschiedlicher Messungen⁷ und dementsprechend auftretender Fehlertoleranzen. Von diesen Unebenheiten in der exakten Vermessung des Stromverlaufs abgesehen, werden jedoch zwei Hauptströmungen klar erkennbar: Die SPD erhält die Löwenanteile ihres Zugewinns einmal von ehemaligen Unionswählern und, in West wie Ost, zum anderen von früheren Nichtwählern. In Westdeutschland ist der Wanderungssaldo der SPD auch gegenüber der FDP und Bündnis 90/Die Grünen positiv (Schaubild 4). Zum Austausch zwischen CDU und FDP ist die Datenlage widersprüchlich, ebenso zum Austausch zwischen Union und Nichtwählern (Tabelle 1). Die PDS schöpft insbesondere aus der Reservearmee der Nichtwähler und gewinnt in Ostdeutschland auch Stimmen früherer CDU-Wähler (Schaubild 4), muss andererseits aber an die äußerste Rechte in geringem Um-

5 Feist/Hoffmann, S. 239.

6 Feist/Hoffmann, S. 234.

7 Vgl. hierzu die Erläuterung bei Feist/Hoffmann, S. 51.

fang Wähler abgeben. REP, NPD und DVU wildern teils im CDU-Revier, teils profitieren auch sie von der gestiegenen Wahlbeteiligung, die ihnen Stimmen aus dem Lager jener zuführt, die als so genannte „Protest-Nichtwähler“⁸ Wahlen ansonsten fernbleiben.

Tabelle 1: Wählerwanderung 1998 gegenüber 1994 (gesamtes Wahlgebiet) per Saldo (in Tausend Zweitstimmen) für einzelne Parteien

Zu- / Abwanderung von/zu	SPD	CDU/CSU	B'90/ Die Grünen	FDP	PDS	REP + DVU
SPD		-1350	-380	-220	+80	+10
		-1311	-137	-332	-56	+66
		-1666	-424	-289		
		(-1150)	(-265)	(-245)		
CDU/CSU	+1350		-10	-80	+10	+220
	+1311		-64	+77	+142	+262
	+1666		+14	-107		
	(+1150)			(+330)		(+204)*
B'90/ Die Grünen	+330	+10		+20	+40	+20
	+137	+64		+17	+110	+23
	+424	+14		-50		
	(+265)					
FDP	+80		-20		+10	±0
	+332	-77	-17		+46	+2
	+289	+107	+50			
	(+245)	(-330)				
PDS	+220	-90	-40	-10		+30
	+56	-142	-110	-46		+3
	-321	-275	-26	-24		
REP + DVU	-80	-220	-20		-30	
	-66	-262	-23	-2	-3	
		(-204)*				
Nichtwähler	+1130	+20	+140	+130	+190	+320
	+1259	+248	+70	+58	+151	+254
	+512	-569	+126	+116		
	(+1350)	(-224)	(+67)			

Legende: Infratest Dimap = **fett**

Psephos = normal

Emnid = *kursiv*

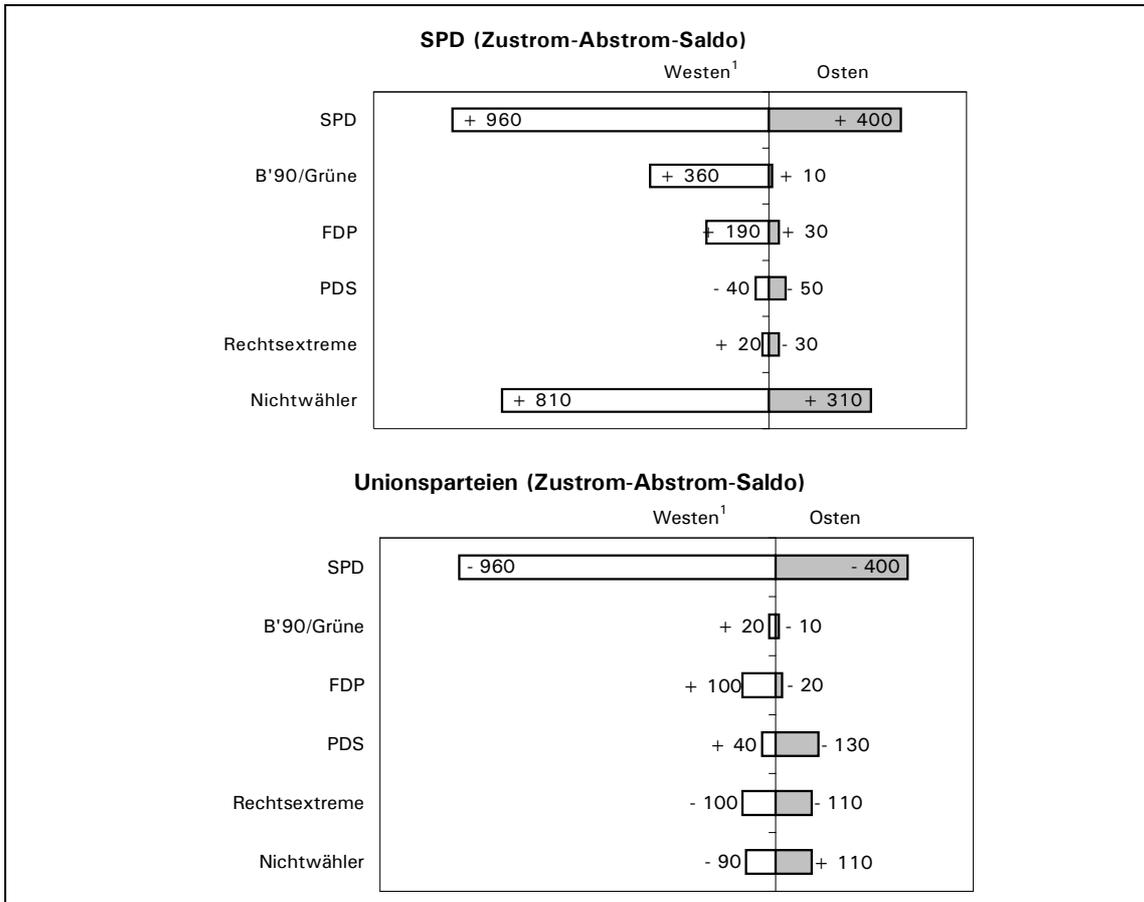
Infas = (in runden Klammern)

Die mit * markierten Zahlen beziehen sich nur auf die DVU.

Angaben nach: ZParl 2/99, S.241; Der Spiegel – Wahlsonderheft '98, S.34; infas – Pressemitteilung (www.infas.de/presse/btw-wanderung.html); Infratest dimap – Wahlreport BTW 1998

8 Feist/Hoffmann, S. 241.

Schaubild 4: Wählerwanderungsbilanz von SPD und CDU/CSU in West- und Ostdeutschland (in 1000 Stimmen)



¹ einschl. Westberlin

Angaben nach Infratest dimap Wahlreport BTW '98

Sozialstrukturelle Verankerung der Wählerschaften: die herkömmlichen Zuordnungen sind weiterhin erkennbar – aber nur im Westen

Die Parteien- und Wahlforschung geht übereinstimmend davon aus, dass für die Wahlentscheidung neben dem Kandidatenangebot und der den Parteien in bestimmten Sachfragen zugeschriebenen Lösungskompetenz (so genannten situativen Faktoren) auch längerfristige Parteibindungen ausschlaggebend sind. Solche längerfristigen Bindungen ergeben und verstetigen sich aus, wie der Sozialwissenschaftler Franz Urban Pappi es ausdrückt, „stabilen sozialen Koalitionen“, die eine bestimmte Partei mit einer bestimmten gesellschaftlichen Großgruppe eingeht. Kommt es nun, wie im Fall der Bundestagswahl 1998, zu einer deutlichen Verschiebung der Wähleranteile zumal zwischen den großen Parteien, stellt sich die Frage, ob sich ein solcher Umschwung im Wählerverhalten auf eine Lockerung oder gar Auflösung vormals stabiler Bindungen bestimmter Wählerschichten mit der verlierenden Partei zurückführen lässt (in diesem Fall sprechen die Wahlforscher von „dealignment“).

Ein solcher Ablösungsprozess wird von den Forschungsinstituten übereinstimmend für den 98er-Wahlgang verneint. Gerade die Eindeutigkeit des SPD-Wahlsiegs hat, zugespitzt formuliert, keine Abweichungen im sozialen Zuschnitt des Wählertausches zugelassen. Klassische Erklärungsfaktoren, die, „wie Stadt-Land-Gefälle, sozio-ökonomische Strukturen oder Parteihochburgen bzw. –diaspora“⁹, Abweichungen im Wahlverhalten üblicherweise

9 Feist/Hoffmann, S. 240.

erklären können, wurden diesmal von einer generellen Wechselneigung hin zur SPD überlagert. Allenfalls regionale Unterschiede, d.h. zwischen einzelnen Bundesländern, scheinen auf. So fallen beispielsweise in Sachsen die CDU-Verluste mit über 15 Prozent besonders drastisch aus, in Bayern hingegen bleiben die Einbußen der CSU mit 3,5 Prozentpunkten vergleichsweise gering. In Brandenburg wiederum muss die SPD, entgegen dem Bundestrend, Verluste hinnehmen. Neben den Ost-West-Differenzen im Wahlverhalten, schlussfolgern Ursula Feist und Hans-Jürgen Hoffmann, hätten folglich „die Bundesländer als spezifische Einheiten politischer und regionaler Kulturen mit ihren besonderen sozio-ökonomischen Entwicklungstendenzen am stärksten die Trends“ geleitet.¹⁰

Die SPD-Gewinne – und die CDU-Verluste – streuen über sämtliche Berufs- und Bevölkerungsgruppen, mit geringen Abweichungen: Bei den Angestellten legt die SPD relativ stark zu (+ 6 Prozent), bei Arbeitern fällt die Abwanderung von der CDU relativ hoch aus (- 7 Prozent). Diese Bewegung erklärt wesentlich den drastischen Einbruch der Union in Ostdeutschland, kommt allerdings nur zum kleineren Teil der SPD zugute, die bei Arbeitern bundesweit lediglich zwei Prozentpunkte hinzugewinnt. Gerade im Osten Deutschlands wechseln Arbeiter auch zu rechten Randparteien. Das Hauptmotiv für die deutliche Abkehr von der Unionspartei ist Feist/Hoffmann zufolge darin zu suchen, dass gerade ostdeutsche Arbeiter in ihren in die CDU gesetzten „Erwartungen an ökonomische und soziale Wohlfahrt“ enttäuscht worden seien.¹¹ Ob dies den Schluss erlaubt, die bei den Wahlen des Einheitsjahres 1990 im Osten „etablierte Koalition von Arbeiterschaft und CDU“ sei 1998 „definitiv gekündigt worden“¹², ist indes angesichts der erwähnten Beweglichkeit ostdeutscher Wähler fraglich. Schon die Landtags- und Kommunalwahlen von 1999 haben bekanntlich das Pendel sehr deutlich zu Gunsten der CDU zurückschwingen lassen.

Die Wählerwanderungen bei der Bundestagswahl 1998 zeigen mithin für die großen Parteien insgesamt kein besonderes soziales Profil und haben gerade deshalb die Parteipräferenzen der christlichdemokratischen bzw. sozialdemokratischen Stammwähler nicht eingegeben. Vor allem im alten Bundesgebiet sind die herkömmlichen sozialstrukturellen Schwerpunktbildungen von Union und SPD in der Wahlbevölkerung nach wie vor erkennbar (Tabellen 2 und 3). Wähler der älteren Altersgruppen, ferner Selbstständige und Landwirte sowie Katholiken mit hoher Kirchenbindung sind unverändert eine verlässliche Stütze der CDU/CSU. Die SPD andererseits hat weiterhin ein solides Standbein bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Das Altersprofil der SPD-Wähler ist im Westen relativ ausgewogen, im Osten gewinnt die Partei mit steigendem Alter der Wähler an Unterstützung. Die FDP stützt sich wesentlich auf Selbstständige, ihre klassische Klientel. Den Bündnisgrünen – und ähnlich der PDS im Osten – neigen vor allem jüngere, besser gebildete Frauen und Angehörige des Dienstleistungssektors zu. Rechtsextreme Parteien werden vornehmlich von jüngeren Männern mit geringem Bildungs- und Qualifikationsniveau gewählt (in Ostdeutschland tat das in dieser Sozialgruppe etwa jeder fünfte). Die Stimmen von Arbeitslosen verteilen sich größtenteils auf SPD und PDS und eben auch die extreme Rechte.¹³

10 Feist/Hoffmann, S. 240; damit übereinstimmend Infratest dimap Wahlreport, S. 8 und 13.

11 Feist/Hoffmann, S. 243.

12 So Infratest dimap Wahlreport, S. 14.

13 Hierzu Infratest dimap Wahlreport, S.15 ff.; ferner Feist/Hoffmann, S. 243.

Tabelle 2: Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht, im gesamten Wahlgebiet, sowie nach West/Ost

Alter von ... bis ... Jahren	CDU/CSU			SPD			B 90/Grüne			FDP			PDS			REP/DVU/NPD		
	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost
Endergebnis	35,2	37,0	27,4	40,9	42,3	35,1	6,7	7,3	4,1	6,2	7,0	3,3	5,1	1,2	21,6	1,8	2,9	5,0
Männer und Frauen (in %)																		
18 – 24	29	31	21	35	37	28	10	12	6	7	7	6	6	2	22	7	6	13
25 – 34	28	29	21	43	45	33	10	11	6	5	6	3	5	2	22	5	4	9
35 – 44	30	31	24	42	45	33	10	12	5	5	6	3	6	1	22	4	3	8
45 – 59	34	36	28	43	44	37	6	6	4	7	9	3	5	1	23	3	3	2
60 und mehr	45	47	34	39	39	38	3	3	2	6	7	3	5	1	19	2	2	2
Männer (in %)																		
18 – 24	30	33	19	33	35	27	9	10	5	7	7	6	5	2	18	11	9	17
25 – 34	28	29	22	44	46	35	9	10	5	5	6	4	5	2	19	6	4	13
35 – 44	31	33	24	42	45	32	8	10	4	5	6	3	6	2	22	5	4	10
45 – 59	36	38	27	42	43	38	5	6	3	7	8	4	5	1	22	3	3	3
60 und mehr	44	47	32	39	38	41	2	2	2	7	8	3	5	1	20	3	3	2
Männer gesamt	35	37	26	41	42	36	6	7	3	6	7	3	5	2	21	4	4	7
Frauen (in %)																		
18 – 24	29	30	24	37	39	29	12	13	6	6	7	5	7	3	26	4	3	7
25 – 34	28	30	21	43	45	32	12	12	8	5	6	2	5	1	25	3	3	5
35 – 44	28	30	23	43	45	35	13	14	6	6	6	4	6	1	22	2	2	6
45 – 59	33	34	28	43	46	35	6	6	5	8	9	3	5	1	24	2	2	1
60 und mehr	45	48	36	39	39	36	3	3	3	6	7	3	4	1	19	1	2	2
Frauen gesamt	35	37	29	41	43	34	7	8	5	6	7	3	5	1	22	2	2	3

Angaben nach: Infratest Dimap Wahlreport '98

Tabelle 3: Stimmabgabe nach Bildung, Beruf, Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft im gesamten Wahlgebiet, sowie getrennt nach West/Ost

	CDU/CSU			SPD			B 90/Grüne			FDP			PDS			REP		
	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost	gesamt	West	Ost
Endergebnis	35,2	37,0	27,4	40,9	42,3	35,1	6,7	7,3	4,1	6,2	7,0	3,3	5,1	1,2	21,6	1,8	2,9	5,0
Bildung																		
hoch	30	33	23	35	35	33	14	16	8	9	10	4	8	2	29	1	1	2
mittel	35	37	26	40	42	34	6	6	3	6	7	3	5	1	20	2	4	8
niedrig	38	39	34	46	48	38	3	3	2	4	4	3	3	1	17	2	3	5
Tätigkeit																		
Arbeiter	29	30	24	49	53	36	4	4	2	3	4	3	6	1	19	4	6	10
Angestellte	30	31	25	44	46	35	10	10	6	6	7	3	5	1	25	2	2	3
Beamte	35	35	26	37	37	32	14	14	7	8	8	3	3	1	25	1	2	3
Selbständige	44	45	38	23	23	21	9	10	4	15	16	12	4	2	18	2	2	4
Arbeitslose	21	23	19	44	49	37	8	11	4	4	6	2	13	2	25	3	6	8
Rentner	43	46	34	40	41	39	2	2	2	6	7	3	5	1	19	1	2	2
in Ausbildung	27	28	21	35	36	29	16	17	11	7	7	6	7	4	22	1	3	8
Konfession																		
Katholisch	49	49	52	34	34	23	6	6	5	6	6	3	1	1	9	2	2	3
Evangelisch	32	31	41	46	48	34	7	7	4	7	8	4	3	1	10	2	3	4
Keine	21	23	19	42	48	36	8	12	4	5	6	3	15	3	28	3	5	6
Gewerkschaft																		
Mitglieder	24	24	21	55	59	39	7	7	4	2	3	2	7	2	28	2	4	4
nur Arbeiter	22	22	22	60	65	41	3	3	3	2	2	2	6	1	22	3	4	6
Nicht-Mitglieder	37	39	28	37	38	34	7	8	4	7	8	4	5	1	20	2	3	6
nur Arbeiter	34	36	29	43	46	34	4	4	3	4	5	3	6	1	19	3	5	9

Angaben nach: Infratest Dimap Wahlreport '98

Motive der Wahlentscheidung: Grundstimmung für den Wechsel und Kompetenzvorsprung der SPD

Analysiert man die in der Wählerschaft unmittelbar vor dem Wahlgang dominierenden Grundströmungen, so hatte die SPD gegenüber der Union drei letztlich ausschlaggebende Vorteile: der Persönlichkeitsfaktor fiel zu Gunsten Gerhard Schröders aus, den im September 1998 52 Prozent der Befragten als Kanzler ihrer Wahl bevorzugten (32 Prozent entschieden sich für den Amtsinhaber Helmut Kohl). Zweitens sprach sich, deutlicher noch als bei der 94er-Wahl, eine Mehrheit von 61 Prozent für einen Regierungswechsel aus (nur 33 Prozent waren dagegen). Drittens wurde der SPD gerade für jene Themenfelder bzw. Probleme, deren Lösung in den Augen der Bevölkerung einerseits besonders dringlich war und die andererseits bei der Wahlentscheidung nach persönlichem Bekunden eine große Rolle spielten, im Vergleich mit den Unionsparteien die größere Kompetenz zugebilligt.

Tabelle 4: Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz („ehestens fähig, diese Aufgabe zu lösen“)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	B'90/ Grüne	PDS	DVU/ REP	keiner Partei
Wirtschaftsstandort sichern	47	33	2	1	1	-	8
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	28	43	2	2	1	-	16
Kriminalität bekämpfen	43	27	1	2	1	3	12
gute Ausländerpolitik betreiben	33	33	3	8	2	2	9
für soziale Gerechtigkeit einsetzen	20	54	2	6	4	-	7
gute Umweltpolitik betreiben	17	19	1	50	-	-	6
Steuerbelastung senken	22	45	5	2	1	-	16
Deutschlands Interessen in der EU vertreten	48	30	2	1	1	1	6
verlässliche Außenpolitik betreiben	48	30	6	1	-	-	5
Altersversorgung langfristig sichern	30	42	2	1	1	-	16
Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	32	37	2	3	1	-	14

Angaben nach: Infratest dimap Wahlreport '98

95 Prozent der Befragten ließen sich demnach bei ihrer Stimmabgabe vom Thema Arbeitslosigkeit leiten, und bei diesem Wahlthema Nr. 1 war der Kompetenzvorsprung der SPD mit 15 Prozentpunkten besonders deutlich, nur noch übertroffen von dem Vertrauensvorschuss bei der Aufgabe, für „soziale Gerechtigkeit“ zu sorgen, wo die Differenz 34 Prozentpunkte betrug. Auch die Sicherung der Zukunft Deutschlands wählten im September 1998 mehr Befragte bei der SPD als bei den Unionsparteien in besseren Händen (Tabelle 4).¹⁴

¹⁴ Ich folge hier den im Infratest dimap Wahlreport veröffentlichten Daten und Befunden. Ähnlich auch Feist/Hoffmann, S. 244 f.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Besonderheiten im ostdeutschen Wählerverhalten haben sich bei der Bundestagswahl 1998 verfestigt und den bundesweit wirksamen Gesamttrend zum Machtwechsel verstärkt. Im Westen Deutschlands vollzog sich der Wähleraustausch zwischen SPD und Union oberhalb eines immer noch soliden Sockels von Traditionswählern. In Ostdeutschland hingegen fehlen stabile Parteibindungen in vergleichbarer Größenordnung. Hier lassen sich die Wählerinnen und Wähler sehr viel mehr von kurzfristigen, themen- und personenbezogenen Erwägungen leiten. Der mit dem Wählervotum zum Ausdruck gebrachte Vertrauensbonus ist hier sehr viel fragiler und kann, wie die Serie der 99er-Landtagswahlen bezeugt, ebenso rasch wieder entzogen werden.